

## Regierung geht nicht auf Distanz

Der Zürcher «Kirchenminister» Martin Graf entschuldigt sich nicht für seine provokativen Äusserungen beim Churer Bischof Vitus Huonder. Ebenso wenig distanziert sich die Gesamtregierung von Graf, der die katholische Kirche als rückständig betitelt hatte.



Quelle:key



Quelle:hd

< >

Regierungsrat Martin Graf (Grüne) brauchte gepfefferte Worte. Der «Kirchenminister» bezeichnete die katholische Kirche in einer Rede als rückständige «geschützte Werkstatt», stehen geblieben im Spätmittelalter. Er meinte den Zölibat, die Nichtzulassung von Frauen zum Priesteramt sowie die Nichtzulassung von geschiedenen Wiederverheirateten zur Kommunion.

Für Bischof Vitus Huonder war das zu starker Tobak. Er wandte sich an die Zürcher Regierung mit der Erwartung, diese distanzieren sich von Graf. Von Graf selber erhoffte er sich eine Entschuldigung. Doch mit beiden Wünschen ist Huonder abgeblitzt. Zwar schrieb Graf im Auftrag der Regierung an den Bischof ein Antwortschreiben, wie Graf's Sprecher Benjamin Tommer gestern auf Anfrage sagte. Doch darin findet sich weder eine Distanzierung der Gesamtregierung noch eine Entschuldigung. Das Schreiben selber

veröffentlicht die Direktion der Justiz und des Innern nicht, fasst den Inhalt aber in einer Mitteilung zusammen.

### **Vorwurf bestritten**

Darin weist Graf im Namen der Gesamtregierung den Vorwurf des Bischofs zurück, der Kanton Zürich ignoriere die römisch-katholische Kirche in seiner Gesetzgebung. Der Bischof hatte in Reaktion auf Grafs Worte geschrieben, der Kanton Zürich erkenne durch seine Gesetzgebung die römisch-katholische Kirche gemäss deren Selbstverständnis bis heute nicht an. Ihre Repräsentanten, der Bischof von Chur und der Papst, würden als offizielle Gegenüber ignoriert. Stattdessen organisiere der Kanton Zürich die ansässigen Katholiken seit 50 Jahren in Institutionen – gemeint sind Kirchgemeinden und die römisch-katholische Körperschaft –, die er selber geschaffen habe. «Diese sind aber nicht Teil der römisch-katholischen Kirche und stehen auch strukturell im Widerspruch zum Wesen der Kirche», so der Bischof.

Nur in einem Punkt räumt Graf einen Fehler ein. Seine Äusserungen seien zum Teil «plakativ» und «missverständlich» gewesen, heisst es im Communiqué. Dies bedauere Graf. Allerdings habe er der römisch-katholischen Kirche «in keiner Weise das Existenzrecht gemäss ihrem eigenen Selbstverständnis» abgesprochen. «Daher besteht keine Veranlassung für eine Entschuldigung», heisst es. Der bischöfliche Vorwurf in diesem Punkt lautete, Graf wolle der katholischen Kirche seine Vorstellungen aufzwingen statt sie so anzuerkennen, wie sie ist – hierarchisch, nicht demokratisch.

Trotz Rückweisung der bischöflichen Wünsche schliesst das Antwortschreiben versöhnlich. Die Regierung sei bereit, den Verantwortlichen des Bistums mit Respekt zu begegnen und sich mit ihnen neutral auszutauschen.

### **Depesche nach Rom**

Der Bischof von Chur gibt sich damit allerdings nicht zufrieden. «Er bedauert die Haltung des Kantons Zürich», schreibt er in seinem gestrigen Communiqué. Graf und die Regierung hätten die Grundprobleme im Verhältnis zwischen Kirche und Staat «leider nicht verstanden». Der Bischof nehme zur Kenntnis, dass die Regierung Grafs Äusserung von der geschützten Werkstatt in Rom als nicht entschuldigungswürdig erachte. Dies werde er so nach Rom übermitteln. Zudem bekräftigt der Bischof seine Ansicht, dass die Regierung die römisch-katholische Kirche nicht wirklich anerkenne, solange sie nur deren demokratische Institutionen (Kirchgemeinden und römisch-katholische Körperschaft) anerkenne.

Thomas Schraner